



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen

Donaueschingen, den 12. Dezember 2006

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei den Haushaltsberatungen sollten der Einsatz für nachhaltige Strukturen und das Gemeinwohl stets die maßgebenden Grundsätze sein. Unverändert gilt dabei gerade auch auf kommunaler Ebene die Maxime: Global denken - lokal handeln. Der kommunalpolitische Spielraum ist dabei größer als man denkt: Es braucht beispielsweise keine bundes- oder landespolitischen Vorgaben, wenn wir als Kommune dem Treibhauseffekt mit Entscheidungen zur Energieeinsparung begegnen, die Feinstaubbelastung durch Optimierung von Beschaffungswesen und ÖPNV reduzieren oder den Flächenverbrauch durch konsequente Nutzung des Baulückenkatasters und von Brachflächen mittelfristig auf Null absenken. Wenn jetzt manchen StadtratskollegInnen der Kampfbegriff der „grünen Utopien“ auf der Zunge liegen sollte, so gilt das für vorgestern. Denn mittlerweile sind solche Forderungen auch Kernbestandteile aus dem Pflichtenheft des CDU - geführten baden-württembergischen Umweltministeriums.

Warum dieser kurze Ausflug in die Theorie? Die Entscheidung zu Bau und Betrieb der erweiterten Donauhalle war nicht nur die finanziell strategisch wichtigste Entscheidung der letzten Jahre. Der Bauentscheid wird vor allem ganz maßgeblich unsere zukünftigen finanziellen Spielräume einengen. Das Jahr 2006 sehen wir deshalb nicht nur als Wendepunkt für unsere Finanzen, sondern auch als gravierende Verschiebung der kommunalen Wertmaßstäbe. Zukünftig werden die Finanzen schwerpunktmäßig auf eine einzige Vision ausgerichtet sein: Den Neubau und Betrieb eines Konzertsaales mit renovierter Donauhalle. Mit dieser Entscheidung entlarven sich auch die Haushaltsberatungen der letzten Jahre. Nicht die Verwaltung soll durch die Sparmassnahmen handlungs- und zukunftsähig gemacht werden, sondern der Haushalt wurde und wird auf die Finanzierbarkeit der Donauhalle getrimmt. Da der Versuch der Rücklagenbildung für den Um- und Neubau scheiterte, kam man auch nicht umhin, das lang gehütete „Sparschwein“, nämlich den Kredit der Stadt an den Eigenbetrieb Abwasser, teilweise in die Finanzierung der Donauhalle einzuplanen.

Ergänzend hierzu werden die Zügel im Ausgabenbereich deutlich straffer angezogen. Das „Sparen um jeden Preis“ führt bereits bei kleineren Ausgabenpositionen immer wieder zu Entscheidungen, die das Gemeinwohl nur wenig respektieren und den Politikverdruss stärken. Beispiele hierfür sind das Gerangel um den Bau des Spielplatzes im Neubaugebiet Bühlstrasse, dessen vollständiger und zeitnauer Realisierung zunächst kein großer Stellenwert mehr beigemessen wurde. Nur mit Nachdruck konnte diese Einrichtung wieder in den Bereich der mittelfristigen Vorhaben gebracht werden. Oder die alljährliche Diskussion um die Rücknahme der Zuschusskürzung für das Jugendbistro, wo ein Zuschuss in Höhe von 5.000 € schon wiederholt abgelehnt wurde, wohl wissend, welche Folgen dies für die offene Jugendarbeit hat.

Der hohe Finanzbedarf des Donauhallenprojekts führt aber nicht nur bei Kinderspielplätzen und Jugendeinrichtungen zu kritischen Entscheidungen. Auch in den Kernbereichen der kommunalen Infrastruktur werden Sanierungen zunehmend in die Zukunft verschoben. Damit wird ein Investitionsstau aufgebaut, der für die kommende Generation kaum besser als ein hinterlassener Schuldenberg ist. Wenn die Ausgaben für Unterhalt und Sanierung auf ein Maß beschränkt werden, das deutlich unter dem langfristig notwendigen Erhaltungsaufwand liegt, haben wir mittel- und langfristig ein ernsthaftes Problem.

Zumindest bei den Themen Energie- und Wassersparen ist es mittlerweile breiter Konsens, dass Sanierungsmassnahmen in der Regel die notwendige Voraussetzung sind, um zukünftig bei den Betriebskosten Einsparungen erzielen zu können. In einigen Fällen wird eine effiziente Sanierung sogar die Voraussetzung zum Erhalt der Einrichtung überhaupt sein. Für die kommunale Infrastruktur in ihrer gesamten Breite wird dies aber leider noch nicht in dieser Deutlichkeit gesehen. Aus unserer Sicht ist dies unverständlich, da die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte ungleich größer als bisher sein werden. Neben Faktoren wie Klimawandel, Ressourcenverknappung und Preissteigerungen bei Energieträgern werden schon alleine die Globalisierung und der damit verbundene (Preis)-Wettbewerb dafür sorgen, dass wir uns zukünftig etwas wärmer anziehen müssen. Auf diese Herausforderungen muss jedes Unternehmen, jeder Bürger und nicht zuletzt auch die Stadt schlüssige Antworten finden.

Wie könnte diese Antwort der Stadt konkret aussehen? Alle städtischen Planungen müssen auf den Prüfstand und vor diesem Hintergrund hinterfragt werden. Der städtische Energiebericht muss beispielsweise auf Basis der Vermögens-, Verbrauchs- und Betriebskostenwerte zu einem Energiesparbericht mit konkreten Handlungsvorschlägen umstrukturiert werden, der dann regelmäßig im Gemeinderat bzw. in den zuständigen Ausschüssen beraten werden kann. In diesem Zusammenhang mahnen wir auch nochmals die rasche Bewertung des kommunalen Anlagevermögens an, da nur bei genauer Kenntnis des Vermögens, des jährlich eintretenden Wertverlustes und der jeweiligen Betriebskosten fundierte Entscheidungen getroffen werden können.

Was die Konzepte und Betriebskosten selbst angeht, lässt sich im Bereich der regenativen Energien z. B. die Biomassennutzung vorzüglich mit der Ökonomie verbinden. Vorstellbar ist beispielsweise der Aufbau eines Nahwärmennetzes im Industriegebiet, wo mit Gas aus Biomasse oder auch mit Rapsöl aus unserer Region sowohl Wärme als auch elektrische Energie gewonnen werden können. Bei der Nutzung von Biomasse könnte zudem ein großer Teil der Wertschöpfung unseren Landwirten zugute kommen. Unver-

ändert stehen wir auch zu unserem Antrag, die ungenutzte Wärme aus den Blockheizkraftwerken der Verbandskläranlage zu nutzen, um zum Beispiel das Freibad zu beheizen.

Dies alles geht nicht ohne massiven Einsatz der Stadt bei Planung, Koordination und Investition. Eine weitere quantitative Ausweitung der Infrastruktur (mehr Bauplätze, mehr Gewerbegebäuden etc.) sollte dabei eher die Ausnahme bleiben. Vielmehr müssen Effizienz, Sparsamkeit, geringer Ressourcenverbrauch und generell qualitative Verbesserungen in allen bestehenden Bereichen vorangebracht werden. Es geht zukünftig um das „besser“ und nicht um das „mehr“. Bei diesem unvermeidlichen Paradigmenwechsel ist die Stadt massiv gefordert.

Als schlechte Entscheidung bewerten wir vor diesem Hintergrund beispielsweise den geplanten Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Beim Stellplatz“ im Bereich des Krankenhauses. Angesichts des stockenden Verkaufs von Bauplätzen im Neubaugebiet Bühlstrasse ist diese Entscheidung schon finanziell gesehen absolut kontraproduktiv und führt zudem bei Realisierung zu weiterem Flächenverbrauch und zur Vermauerung einer Frischluftschneise.

Das Thema Nachhaltigkeit und zukunftsgerichtete Schwerpunktsetzung darf sich jedoch keinesfalls nur auf Investitions- und Betriebskostenrechnungen beschränken. Hauptfaktor sollte stets der Mensch sein! Zu den erfreulichen Entwicklungen im Haushalt zählt deshalb die allmähliche Entwicklung unserer Schulen zu Ganztagschulen bzw. Schulen mit Ganztagsbetreuung. Allerdings halten wir die Mehrheitsentscheidung des Gemeinderats, die Nachmittagsangebote nicht verpflichtend zu machen, für falsch. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden wir gerade solche Kinder nicht in die Förderung und Betreuung bekommen, die am meisten davon profitieren würden. Kritisch sind dabei auch der Einsatz von halbehrenamtlichen Personen zur Betreuung und Anleitung der Kinder sowie die vorgesehene Kostenbeteiligung der Eltern. Angesichts der Problemlagen und der vielfältigen Defizite, mit denen manche Kinder belastet sind, bedarf es aus unserer Sicht schwerpunktmäßig professioneller Mitarbeiter. Erfreulich ist, dass die von uns schon in den Vorjahren kritisierten und abgelehnten Kürzungen der Schuletats ein Ende haben.

Ein anderes positives Beispiel sind die beschlossenen Personalbesetzungen in der Kämmerei und dem Stadtbauamt. Hier wurde erkannt, dass die Qualität der Aufgabenerfüllung nach innen wie nach außen ganz wesentlich von einer ausreichenden Personalausstattung abhängt. Ein Dienstleistungsbetrieb kann personell nicht beliebig verschlankt werden. In diesem Sinn hoffen wir, dass diese Stellen baldmöglichst besetzt werden.

Nach beinahe einem Jahrzehnt harter Kritik an der Organisations- und Finanzstruktur des Reitturniers und angesichts der eskalierten Kostenbelastungen blicken wir nach dem Neustart 2006 wieder etwas optimistischer in die Turnierzukunft. Sollten für den zukünftigen Erfolg des Turniers evtl. weitere Investitionen notwendig werden, legen wir Wert darauf, dass diese frühzeitig in den Gremien diskutiert werden. Der eingeschlagene Weg zu mehr Transparenz und höherer Kostensicherheit muss jedenfalls konsequent fortgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch kurz eine städtische Beteiligung und die Eigenbetriebe ansprechen, wo wir uns zukünftig ebenfalls noch mehr Transparenz wünschen.

- Für die Flugplatz GmbH entwickelte der Aufsichtsrat ein Sanierungskonzept, das zu einschneidenden Veränderungen bis hin zu Entlassungen führte. Das Konzept wurde umgesetzt, die zuständigen kommunalen Gremien jedoch erst im Nachhinein informiert. Diese Vorgehensweise ist das genaue Gegenteil von Transparenz und wird von unserer Fraktion aufs Schärfste verurteilt.
- Beim Eigenbetrieb Wasser haben wir beim Thema Gewinnerzielungsabsicht mittlerweile die dritte Runde erlebt. Nun hat die Verwaltung zwar ein Votum für die Gewinnerzielung, setzt sie aber bisher glücklicherweise nicht um. Noch undurchschaubarer ist der Vorschlag, nicht einmal mehr den bilanziellen Verlust des Wasserwerkes in Höhe von 330.000 € auszugleichen. Hier bedurfte es einer Korrektur durch den Gemeinderat, der unserem Antrag auf Verlustausgleich folgte.
- Beim Eigenbetrieb Abwasser haben die unzureichende Datenlage aus den 70er und 80er Jahren und die Mischung aus komplexen gesetzlichen Grundlagen mit wechselnden kaufmännischen Gegebenheiten dazu geführt, dass die Gebühren von Fachbüros kalkuliert werden. Dennoch mussten in der Vergangenheit immer wieder Fehler eingeräumt werden. Wiederholt kam es dabei auch zu deutlichen Korrekturen der Gebührenkalkulation, die teilweise nur schwer nachvollziehbar waren.

Doch zurück zum Kernproblem. Unsere Fraktion hat trotz mündlich und schriftlich gestellter Anträge bis heute keine detaillierte Aufschlüsselung der fortgeschriebenen Kosten für den Neubau des Konzertsangs und den Umbau der Donauhallen erhalten. Die Verwaltung hat beim Bürgerentscheid und den zahlreichen Infoveranstaltungen stets angegeben, dass die genannten 8,7 Mio. Euro Gesamtbausumme auf verlässlichen Schätzungen beruhen. Die jüngst beschlossene Änderung des Küchenstandortes ist in diesem Zusammenhang selbstverständlich kein nachrangiges Detail, sondern wegen erheblicher Eingriffe z. B. in die Gebäudetechnik eine grundlegende Veränderung des Konzepts. Zudem wurden in diesem Zusammenhang auch weitere kostensteigernde Veränderungen, sei es die Einhausung der LKW Rampen oder die Neukonzeption der Künstlergarderoben beschlossen. Wir sind gespannt, wie viel Ähnlichkeit die Donauhallen am Ende der Bauarbeiten noch mit dem Entwurf haben werden, über den der Bürgerentscheid durchgeführt wurde.

Als Resumée bleibt für uns, dass die Entscheidung für die Donauhallen einschließlich aller bisher vorgenommenen Änderungen **die fundamentale Entscheidung** der Stadt Donaueschingen ist. Die Kosten und Folgekosten dieses Bauwerks halten wir für unverhältnismäßig. Sie werden auf lange Sicht den städtischen Haushalt belasten und mit Auswirkungen verbunden sein, die wir vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen im Rahmen einer fundierten Abwägung nicht mittragen können. Die absehbaren städtischen Herausforderungen und unsere daraus abgeleiteten Prioritäten liegen begründet deutlich anders.

Wir lehnen deshalb den Haushalt 2007 ab.

Abschließend möchte ich allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihren Einsatz recht herzlich danken. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen hier im Gremium, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und allen Bürgern der Stadt schöne Feiertage und ein Gutes Neues Jahr.

Michael Blaurock

für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen

Doku-Info:
5 Seite(n), 1628 Wörter, 10906 Zeichen